

Gruppe 41 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

16. Dezember 2013

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 11.12.13 sprengte sich ein Selbstmordattentäter am Flughafen der Hauptstadt Kabul in unmittelbarer Nähe eines Bundeswehr-Konvois in die Luft. Mit Ausnahme des Attentäters gab es keine Toten oder Verletzten. Die Taliban bekannten sich zu dem Anschlag und behaupteten, 10 Soldaten getötet zu haben.

Nach Angaben der Vereinten Nationen hat sich die Sicherheitslage in der zweiten Jahreshälfte 2013 verschlechtert. Zwischen dem 16.08.13 und 15.11.13 wurden 5.284 Vorfälle registriert. Dies waren 13,9% mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. In den ersten zehn Monaten war die Zahl der sicherheitsrelevanten Vorfälle um 13,2% gegenüber 2012 gestiegen. Die Zahl blieb jedoch 16% niedriger als im Jahr 2011.

Polizei rettet Frau vor Steinigung

In der nordafghanischen Provinz Kunduz (Distrikt Dasht-i-Archi) konnte die afghanische Polizei eine Frau vor der Steinigung bewahren, nachdem Verwandte der Frau die Polizei alarmiert hatten. Der Ehemann der Frau habe sie beschuldigt, ein Verhältnis mit einem anderen Mann zu haben. Ein Taliban-Gericht habe die Frau daraufhin zum Tod durch Steinigung verurteilt.

Irak

Sicherheitslage

In der vergangenen Woche gab es u.a. am 09.12.13 bei der Detonation einer Autobombe in einem sunnitischen Stadtviertel der nordöstlich von Bagdad gelegenen Stadt Buhris (Provinz Diyala) mindestens 14 Tote und zahlreiche Verletzte. Bei mehreren Explosionen im Umland von Bagdad und bei Anschlägen in Kirkuk und Bakuba kam es ebenfalls zu Todesopfern, darunter auch zwei Polizisten der sunnitischen Sahwa-Miliz. Die Sahwa-Miliz oder auch Sons of Iraq wird in ihrem Kampf gegen al-Qaida von der irakischen Regierung unterstützt. Auf die Miliz werden immer wieder Anschläge verübt.

Bei einem Selbstmordattentat auf den Abu-Idris Schrein in Bakuba, ein schiitisches Heiligtum, starben am 10.12.13 mindestens elf Menschen, 19 wurden verletzt.

Am 13.12.13 erschossen Angreifer in der Stadt Beladrus (nordöstlich von Bagdad) 18 Arbeiter, die an einer Gaspipeline zwischen Iran und Irak arbeiteten. Landesweit kamen bei weiteren Angriffen zahlreiche Menschen ums Leben.

Bei einer Serie von Anschlägen am 14.12.13 gab es mindestens 17 Tote und zahlreiche Verletzte, darunter sieben Tote im von Schiiten bewohnten Bagdader Stadtteil Bajaa.

Nach Angaben des Senders Al-Mosulijah erschossen Unbekannte am 15.12.13 in Mosul eine Fernsehmoderatorin. Sie ist die vierte Journalistin, die seit Oktober in Mosul getötet wurde. Bei weiteren Angriffen im Land starben mindestens 20 Menschen.

Irak ist von der schwersten Gewaltwelle seit fünf Jahren betroffen. Hintergrund sind zunehmende Spannungen insbesondere zwischen Sunniten und Schiiten.

Ölpipeline zwischen Nordirak und der Türkei

Im November vereinbarte die Regierung der Autonomen Region Kurdistan mit der türkischen Regierung, eine Pipeline von Kirkuk nach Ceyhan in der Türkei in Betrieb zu nehmen. Bagdad sieht in der Vereinbarung einen Verstoß gegen die irakische Verfassung, weil keine Absprache mit der Zentralregierung erfolgt sei.

Syrien

Sicherheitslage

Bei Luftangriffen am 15.12.13 starben in Aleppo mindestens 36 Menschen, darunter 15 Kinder. Zahlreiche Opfer soll es in den vergangenen Tagen auch in der Stadt Adra (nahe Damaskus) gegeben haben. Nach Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte handele es sich dabei um Angehörige religiöser Minderheiten.

Nach Erkenntnissen von Chemiewaffeninspektoren kam in Syrien mehrfach Giftgas zum Einsatz. Die UN gehen in ihrem am 12.12.13 vorgelegten Abschlussbericht über Gasangriffe von mindestens fünf Vorfällen aus, davon seien vier nur wahrscheinlich.

Unklarheit um Flucht von Rebellen-Kommandeur

Medienberichten zufolge soll der Generalstabschef der Freien Syrischen Armee (FSA), Salim Idriss, am 08.12.13 von Syrien nach Doha (Katar) geflohen sein, nachdem Milizionäre der Islamischen Front sein Hauptquartier und Versorgungslager in Bab al-Hawa nahe der türkischen Grenze übernommen hatten. Beobachter werten die Flucht als ein Zeichen der Auflösung der FSA. Die FSA dementierte diese Meldung. Nach deren Angaben befindet sich Idriss im Süden der Türkei an der syrischen Grenze.

Luftbrücke nach Syrien eingerichtet

Die UNO richtete eine Luftbrücke von Irak in den Nordosten Syriens ein, um die schwer zugänglichen Gegenden im Nordosten Syriens zu versorgen.

Libanon

Libanesischer Scharfschütze tötet israelischen Soldaten

An der israelisch-libanesischen Grenze hat sich am Abend des 15.12.13 ein militärischer Zwischenfall ereignet. Ein israelischer Soldat wurde nach einem Militärbericht in der Nähe des Grenzübergangs Rosh Hanikra von einem libanesischen Soldaten erschossen. Es hätte sich um einen Scharfschützen gehandelt, der auf ein israelisches Fahrzeug geschossen habe. Israel werde eine solche Aggression nicht hinnehmen und sich deshalb das Recht auf Selbstverteidigung vorbehalten. Die israelische Armee legte bei der UN-Mission im Libanon (UNIFIL) scharfen Protest gegen die „Verletzung der Souveränität Israels“ ein. Ein UNIFIL-Sprecher teilte mit, man stehe mit beiden Seiten in Kontakt, um eine Eskalation der ohnedies politisch fragilen Situation zu vermeiden.

Türkei

Anklage gegen Gezi-Demonstranten

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft in Istanbul wurde am 10.12.13 gegen insgesamt 255 Teilnehmer der Gezi-Park-Protteste vom Sommer 2013 Anklage erhoben, daneben würden auch noch mehrere Ermittlungsverfahren laufen. Gegen zehn Verdächtige habe man die Vorwürfe aus Mangel an Beweisen fallen lassen. Den Angeklagten, darunter auch sieben Ausländern, werden unter anderem Verstöße gegen das Versammlungsrecht und Sachbeschädigung vorgeworfen. Es ist die größte Zahl an Anklagen seit den Protesten im Sommer. Nach Angaben der Zeitung Hürriyet wurden seitdem bereits 40 verschiedene Anklagen gegen insgesamt 308 Demonstranten erhoben. Es wurden zudem auch Polizisten wegen des Todes von Demonstranten angeklagt.

Tunesien

Einigung auf neuen Regierungschef

Am 14.12.13 einigten sich die konservativ-islamische Ennahdha-Regierung und die Opposition nach langen Verhandlungen auf einen neuen Ministerpräsidenten für das Expertenkabinett der Übergangsregierung. Es ist Mehdi Jomaa, ein 51-jähriger Ingenieur, der bereits seit März 2013 als unabhängiger Industrieminister im Kabinett saß. Auf ihn kommt die schwierige Aufgabe zu, das Land aus der seit Monaten anhaltenden politischen Krise zu führen. Der Fahrplan des Nationalen Dialogs sieht zuerst die Bildung eines neuen Kabinetts aus Fachleuten vor, das unabhängig und unparteiisch sein soll. Dann soll innerhalb eines Monats eine neue Verfassung angenommen, das Wahlrecht reformiert und der Weg zu Neuwahlen festgelegt werden.

Mehdi Jomaa war von 1988 bis März 2013, in der Privatwirtschaft tätig, zuletzt als Direktor der Luftfahrtabteilung von Hutchison, einem Unternehmen, das zum französischen Konzern Total gehört.

Ägypten

Verfassungsreferendum

Übergangspräsident Adli Mansour kündigte am 14.12.13 eine Volksabstimmung über den Verfassungsentwurf (vgl. BN 09.12.13) für den 14. und 15.01.14 an.

Der Verfassungsentwurf umfasst ein Bekenntnis zu den Menschenrechten. Er bestimmt den Islam zur Staatsreligion. Die Prinzipien der Scharia sollen die Hauptquelle der Gesetzgebung sein. Allerdings soll politische Betätigung auf religiöser Grundlage verboten sein. Besonders umstritten sind Regelungen, die die Privilegien des Militärs festschreiben. So soll der Generalstab der Streitkräfte in den nächsten beiden Legislaturperioden das Recht haben, den Verteidigungsminister zu ernennen. Nach einer anderen Regelung können Zivilisten weiterhin vor Militärgerichte gestellt werden, wenn sie für Angriffe auf die Streitkräfte verantwortlich gemacht werden.

Anschlag auf Polizeikaserne

Bei einem Autobombenanschlag auf eine Polizeikaserne in der Stadt Ismailia am Suezkanal starb am 12.12.13 ein Polizist. Die Angaben zur Zahl der Verletzten differieren zwischen 18 und 43 Personen.

Zwei Tote bei Demonstrationen

Bei Zusammenstößen von Anhängern und Gegnern des gestürzten Präsidenten Mursi kamen in Suez und Kairo je ein Demonstrant ums Leben. In Mahalla im Norden Ägyptens nahm die Polizei 54 Personen fest. Die Polizei löste die Demonstrationen mit Tränengas auf. Die Behörden bezeichneten sie als illegal, da sie nicht rechtzeitig angemeldet worden seien.

Mali

Selbstmordanschlag vor Parlamentswahl

Am 14.12.13 sprengte sich ein Attentäter in einem Auto vor einer Bank in Kidal, im Norden des Landes, in die Luft. Beim dem Attentat kamen zwei Blauhelmsoldaten aus Senegal ums Leben. Sieben weitere Blauhelmsoldaten und vier malische Soldaten wurden verletzt. Malische Islamisten sollen sich zu der Tat bekannt haben.

Bei der ersten Runde der Parlamentswahl am 24.11.13 konnten nur 20 Sitze vergeben werden. Am 14.12.13 sollten die 6,5 Millionen Wähler über die verbliebenen 127 Mandate entscheiden. Ergebnisse werden bis Ende der Woche erwartet.

Zentralafrikanische Republik

Weiterhin Kämpfe (vgl. BN 09.12.13)

Mehr als 500 Menschen wurden alleine in der Hauptstadt Bangui am vergangenen Wochenende getötet. Mehr als 40.000 Menschen versammelten sich am Flughafen der Hauptstadt, um Schutz zu suchen. In der Zentralafrikanischen Republik wächst nach UN-Angaben das Leid der Bevölkerung. Nach Angaben eines

Sprechers des UNHCR seien allein in der Hauptstadt Bangui 160.000 Menschen, darunter vor allem Frauen und Kinder, auf der Flucht.

In der Stadt Bossangoa im Nordwesten sollen muslimische Kämpfer des Rebellenbündnisses Seleka wiederholt mit christlichen Bürgerwehren zusammengestoßen sein. Frankreich hatte in der vergangenen Woche weitere 1.600 Soldaten in die ehemalige Kolonie entsandt, um Truppen der Afrikanischen Union zu unterstützen und die Rebellen zu entwaffnen. Die französische Armee begann bereits mit der Entwaffnung von Milizen in der Hauptstadt Bangui. Zwei Soldaten wurden bei Kämpfen in Bangui getötet. Augenzeugen berichteten, dass ein christlicher Taxifahrer am 13.12.13 in Bangui von Seleka-Kämpfern ermordet worden sei. Es gibt Berichte, dass entwaffnete Muslime von christlichen Milizen auf offener Straße gelyncht wurden. Der Präsident der Zentralafrikanischen Republik, Michel Djotodia, bot Gespräche mit den Führern der militanten Christen an, um den Konflikt zu lösen.

DR Kongo

Friedensvereinbarung zwischen M23-Rebellen und der kongolesischen Regierung

Am 12.12.13 unterzeichneten Außenminister Raymond Tshibanda als Vertreter der kongolesischen Regierung und Bertrand Bisimwa, der Präsident der M23-Rebellen, in Nairobi/Kenia jeweils eine separate „Erklärung“, womit die seit Dezember 2012 in Kampala/Uganda abgehaltenen Friedensgespräche abgeschlossen sind. Bisimwa erklärte in dem von ihm unterzeichneten Text u.a. die Beendigung der M23-Rebellion und die Umwandlung der M23 in eine rechtmäßige politische Partei. Im Gegenzug verpflichtet sich die kongolesische Regierung u.a. die früheren M23-Kämpfer zu demobilisieren und wieder in die Zivilgesellschaft zu integrieren. Ihnen wird eine Amnestie zugesichert, von der aber diejenigen ausgeschlossen sind, die Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben.

Kenia

Anschläge fordern Todesopfer

Bei einem Sprengstoffanschlag auf einen Bus starben am 14.12.13 in Nairobi sechs Menschen; mehr als 30 wurden verletzt. Bereits am 12.12.13 griffen Unbekannte in Mombasa britische Touristen mit einer Granate an, die jedoch nicht explodierte. Am 13.12.13 starb eine Person bei einem Anschlag auf ein Restaurant in Wajir im Nordosten Kenias. Zunächst übernahm niemand die Verantwortung für die Anschläge.

Serbien/Kosovo

Auflösung der serbischen Parallelstrukturen in Nord-Kosovo

Gemäß dem im April 2013 mit Kosovo erzielten Abkommen sollen bis zum Jahresende alle serbischen Parallelbehörden in Nord-Kosovo aufgelöst werden. Das serbische Innenministerium wird zum 31.12.13 alle Polizisten entlassen, die ihren Wohnsitz in Kosovo haben. Diese sollen - nach einer Ausschreibung – künftig bei der kosovarischen Polizei eingegliedert werden. Uneinigkeit herrscht noch darüber, wo künftig das für die Serben zuständige Gericht angesiedelt wird.

Die serbische Regierung hofft dennoch, dass die EU-Staats- und Regierungschefs in der nächsten Woche grünes Licht für den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen geben.

Russische Föderation

Putin plant Straferlass für 20.000 Inhaftierte

Die von Russland wegen Rowdium angeklagten Aktivisten der Umweltorganisation Greenpeace sowie mehrere politische Gefangene fallen Menschenrechtlern zufolge unter eine geplante Massenamnestie. Der russische Präsident Wladimir Putin habe am 10.12.13 eine Gesetzesvorlage in der Staatsduma eingebracht, wonach 20.000 Menschen einen Straferlass erhalten sollen. Das teilte der Vorsitzende des Menschenrechtsrats beim Kreml, Michail Fedotow, der Agentur Interfax mit. Auch mehrere nach Protesten gegen Putin Inhaftierte könnten demnach freikommen, wie die beiden in Haft sitzenden Aktivistinnen von Pussy Riot.

Ukraine

Machtkampf in der Ukraine dauert an

Die prowestliche ukrainische Opposition hält an dem Ziel eines Regierungswechsels fest. Erneut gingen am 15.12.13 mehr als 100.000 Menschen in Kiew auf die Straße und versammelten sich auf dem Unabhängigkeitsplatz im Stadtzentrum. Auf der Kundgebung forderten sie den Rücktritt von Präsident Janukowitsch und eine Abkehr von Russland. Dabei trat auch US-Senator John McCain auf. Bereits am 14.12.13 hatte McCain den ukrainischen Oppositionsführer Klitschko und Arseni Jazenjuk getroffen, Chef der Partei der inhaftierten Ex-Regierungschefin Julia Timoschenko, und sagte ihnen dabei seine Unterstützung zu.

Auch die Regierung mobilisierte erneut ihre Unterstützer. In einem Park versammelten sich am 15.12.13 Anhänger von Präsident Janukowitsch zu einer Kundgebung. Die regierende Partei hatte die Aktion kurzfristig verlegt, nachdem sie zunächst nur wenige Hundert Meter von der Opposition entfernt demonstrieren wollte. Der Schritt galt als Signal einer Deeskalation. Die Polizei war mit einem Großaufgebot im Einsatz. Wegen des brutalen Vorgehens gegen prowestliche Demonstranten Ende November 2013 wurde am 14.12.13 der Kiewer Bürgermeister Alexander Popow abgesetzt. Präsident Janukowitsch habe zudem den Vizechef des ukrainischen Sicherheitsrats, Wladimir Siwkowitsch, entlassen, teilte das ukrainische Präsidialamt mit.

Turkmenistan

Parlamentswahl in Turkmenistan

An der Parlamentswahl am 15.12.13, bei der erstmalig zwei Parteien zur Wahl standen, beteiligten sich 91,3% der ca. drei Millionen Wahlberechtigten. Die neue Partei der Unternehmer und Industriellen, die ca. 2.000 Mitglieder haben soll, wurde im Frühsommer 2012 vom Staatschef Berdymuhamedow selbst gegründet und gilt als regierungsnah. Andere Oppositionsparteien waren nicht zur Wahl zugelassen. Um die 125 Sitze im Parlament haben sich auch zahlreiche parteilose Vertreter von Gewerkschaften, Frauen- und Jugendorganisationen beworben. Ergebnisse sind noch nicht bekannt.

Bangladesch

Unruhen nach Hinrichtung eines Islamistenführers

Nach der am 12.12.13 erfolgten Hinrichtung des wegen Kriegsverbrechen im Unabhängigkeitskrieg 1971 zum Tode verurteilten Führers der Jamaat-e-Islami, Abdul Quader Molla, kam es landesweit zu Unruhen. Anhänger der Jamaat-e-Islami griffen Regierungseinrichtungen und Beamte an und steckten Häuser von Mitgliedern der regierenden Partei Awami League in Brand. Mehrere Menschen kamen bei den Ausschreitungen ums Leben.

China

Tote bei Gewaltausbruch in Xinjiang

Einer offiziellen Verlautbarung vom 16.12.13 zufolge starben tags zuvor bei einer Polizeiaktion in einem Dorf nahe der Stadt Kashgar in der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang 16 Menschen. Bei dem Versuch, zwei Personen festzunehmen, wurden zwei Polizisten getötet; die Polizei erschoss 14 Personen, die mit Sprengstoff und Messern angriffen.

Konflikt zwischen Tibetern und Behörden um Loyalitätsbekundungen

Seit mehreren Monaten schwelt im Kreis Driru (chin.: Biru) in der Autonomen Region Tibet ein Konflikt zwischen Tibetern und Behörden, nachdem sich Tibeter in mehreren Orten weigerten, als Zeichen ihrer Loyalität zu China und der Kommunistischen Partei auf ihren Häusern die chinesische Flagge zu zeigen. Nach Berichten aus exiltibetischen Quellen der vergangenen Woche umstellten Sicherheitskräfte mindestens drei tibetische Klöster in dem Gebiet; etwa 1.000 Tibeter sollen seit September festgenommen worden sein und

einer Umerziehungskampagne unterzogen werden. Anlässlich mehrerer Proteste gegen die Loyalitätsbekundungen erschossen Sicherheitskräfte im Oktober mindestens vier Personen, Dutzende wurden verletzt.

Myanmar

Gefangenenamnestie

Am 11.12.13 amnestierte die Regierung 41 politische Gefangene sowie drei weitere Häftlinge. Der Assistance Association for Political Prisoners (Burma) zufolge befinden sich nun noch weitere 44 politische Gefangene in Haft; zudem drohten mehr als 200 Personen politisch motivierte Gerichtsverfahren, die im Falle einer Verurteilung zu Haftstrafen führen könnten.